

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/98

Bad Godesberg, den 29. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Bonn - Ostberlin

39

Entkrampfung gerade jetzt

2

Sorge um den Weltfrieden

50

Zum Konflikt im Nahen Osten

3 - 4

Brückenschlag zum rumänischen Volk

68

Gedanken zum Heimattreffen der Siebenbürger-Sachsen

Von Dr. Alfred Graef

5 - 6

Spanien und die EWG

63

Wissenschaftliche Zusammenarbeit vertieft

Von unserem ND-1-Korrespondenten in Madrid

Bonn - Ostberlin

Entkrampfung gerade jetzt

sp - Es bleibt bei der Absicht der Bundesregierung, jede sich bietende Gelegenheit sinnvoll zu nutzen, um in Deutschland und damit in Europa die notwendige Politik der Entspannung durch eigene Beiträge zu fördern. Diese Einstellung bezieht sich auch auf die Verbesserung und Regelung der innerdeutschen Beziehungen. Die Beantwortung des vom Ostberliner Ministerpräsidenten Stoph an Bundeskanzler Kiesinger gerichteten Briefes bleibt Gegenstand weiterer Beratungen, wobei es in den nächsten Tagen um die Erörterung aller jener Fragen geht, die im Zusammenhang mit diesem Brief und seiner Beantwortung sowie die sich aus einem möglichen Briefaustausch ergebenden Konsequenzen stehen.

Das ist jedenfalls das politische Ergebnis der über zweistündigen Sondersitzung des Kabinettsausschusses für innerdeutsche Fragen, der am vergangenen Wochenende unter Vorsitz von Bundeskanzler Kiesinger getagt hat. Anderslautende Gerüchte und Informationen sind falsch.

Nach genauer Analysierung des Stoph-Briefes und der gewissenhaften Überlegung, wie die Antwort lauten könnte, sind grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten nicht aufgetreten. Es muß jedoch in jeder Beziehung klargelegt werden, wie nächste Schritte aussehen werden und wie erreicht werden kann, daß Briefe zwischen Bonn und Ostberlin, besonders im neutralen Ausland, nicht falsch gewertet werden.

Jene hier und dort gemachten Andeutungen, es sei zu Streitigkeiten zwischen den Koalitionspartnern gekommen, treffen nicht zu. Soweit Meinungsverschiedenheiten bestehen, beziehen sich diese auf Fragen von weniger grundsätzlicher Bedeutung. Aber niemand hat sich im Kabinettsausschuß zum Sprecher einer negativen Behandlung dieses Problems gemacht.

Die allgemeine internationale Situation ist nicht gerade rosig. Um so mehr sieht sich die Bundesregierung verpflichtet, durch ihr eigenes Verhalten dort, wo es möglich ist, Spannungen abzubauen und damit einen Beitrag zur Entkrampfung zu leisten. Es mag sein, daß diese Haltung nicht überall gern gesehen wird. Vielleicht gibt es sogar politische Kräfte, die an Maßnahmen zur Entspannung nicht interessiert sind. Die Bundesregierung ist sowohl gegenüber dem deutschen Volk als auch gegenüber der internationalen Öffentlichkeit verpflichtet, durch ihr Verhalten zu zeigen, daß sie die Entspannung will.

+ - +

Sorge um den Weltfrieden

Zum Konflikt im Nahen Osten

sp - Fast über Nacht hat sich der Konflikt im Nahen Osten zu einem weltpolitischen Krisenherd, vollgefüllt mit hochexplosiver Brisanz, entwickelt. Arabische und israelische Truppen sehen sich in das Weiße ihrer Augen. Die Blockade des Golfes von Akaba trifft einen israelischen Lebensnerv. Weggefallen ist auch die Friedenssicherung, die die Anwesenheit einer UNO-Schutztruppe im Gaza-Streifen bot. Sie hat zwar Zwischenfälle nicht ganz ausschließen können, konnte jedoch den Zusammenprall beider Armeen bisher vermeiden.

In diesem Teil der Erde hängt der Friede an einem dünnen Faden. Nasser ist zur Aufrechterhaltung der Blockade des Golfes von Akaba entschlossen und er stellt sich damit in Gegensatz zu den angelsächsischen Mächten, für die Freiheit der Meere Völkerrecht und ein Bestandteil ihrer politischen Philosophie ist. Glaubt sich der Beherrscher Ägyptens zu dieser Herausforderung stark genug?

Die beunruhigende Lage in Nahost bekommt einen düsteren Hintergrund durch das nicht ganz durchsichtige Spiel der Sowjetunion. Sie hat den arabischen Staaten Waffen aller Gattungen geliefert und sowjetische U-Boote durchkreuzen das Mittelmeer. Die Annahme mag schon richtig sein, daß Moskau im israelisch-arabischen Konflikt eine einseitige, die Araber begünstigende Stellung bezieht, um zu dem Krieg in Südostasien ein Pendant in Nahost zu schaffen. Aber ist dies nicht ein Spiel mit dem Feuer? Und weist es nicht zuviele Elemente auf, die sich dem berechnenden Kalkül entziehen? Moskau hat Kuba gewiß nicht vergessen und vielleicht strebt es danach, nun diese Scharbe wieder auszuwetzen. Führt es durch seine Mitwirkung im Nahost-Konflikt eine ähnliche Situation herbei wie in der am Rande eines möglichen Dritten Weltkrieges sich abrollenden Kuba-Krise könnte eine Atmosphäre entstehen, in der Weitblick und Nervenkraft versagen.

Die ältere Generation kann sich wohl noch an Serajewo erinnern. Eigentlich wollte niemand von den damaligen Großmächten den Weltkrieg; sie schlitterten in ihn nach einem berühmten Wort Loyd Georges durch Fehlspekulation und Falschbeurteilungen hinein. Die Welt kennt die Folgen. Kann Nasser aufgehalten werden? Er kann jedenfalls Kräfte in Bewegung setzen und Entwicklungen auslösen, die sich der kontrollierenden Einwirkung auch der Weltmächte entziehen. Die Erinnerung an Serajewo sollte den Großen dieser Welt ein Menetekel sein. Sie sollte sie ermahnen, auf die Unversehrtheit aller Staaten und auf die freie Durchfahrt der Schiffe aller Nationen auf internationalen Wasserstraßen zu bestehen. Den kleineren Mächten dürfte nicht gestattet werden, durch unbesonnene Haltung und Provokationen die Lanze an ein Pulverfaß zu legen.

Heute weiß man, weshalb der Papst seinerzeit zu den Vereinten Nationen fuhr und weshalb er die Pilgerfahrt nach Fatima unternahm. In New York beschwor er die Staatsmänner dieser Welt, ihre Kräfte für Werke des Friedens zu verwenden; in Fatima betete er um die Sicherung eines höchst gefährdeten Weltfriedens. In der Welt häuft sich der Zündstoff und wächst die Bereitschaft, Risiken einzugehen. Es ist eine bittere Erkenntnis, daß Zurückhaltung und Geduld als Maxime politischen Handelns nicht in allen Teilen der Erde den gleichen Kurswert besitzen.

Brückenschlag zum rumänischen Volk

Gedanken zum Heimattreffen der Siebenbürger Sachsen

Von Dr. Alfred Graef

Das schon traditionell gewordene Jahrestreffen der Siebenbürger Sachsen in Dinkelsbühl stand in diesem Jahr nicht nur im Zeichen besonderer Festlichkeiten, nämlich der Zehnjahresfeier der Patenschaft Nordrhein-Westfalens und der Einweihung der Gedenkstätte, sondern auch im Zeichen der Verständigung mit dem rumänischen Volk. Mit ihm waren die Siebenbürger Sachsen in guten und in schlechten Zeiten jahrhundertlang eng verbunden.

Durch den ständigen Kontakt mit fremden Völkern ist es für die Siebenbürger Sachsen nahezu selbstverständlich geworden, von Volk zu Volk, von Land zu Land Brücken zu schlagen, Freundschaften zu knüpfen und an kulturellen und geistigen Entwicklungen im Rahmen ihrer bescheidenen Möglichkeiten mitzuwirken. Ohne dafür Dank ernten zu wollen, sind sie durch ihr Wirken, wo immer sie auch in der Welt leben, zu Botschaftern deutscher Kultur und deutschen Geistes geworden, ohne dabei für andere Völker aufdringlich oder lästig zu werden.

Ihre unverbrüchliche Treue zu dem Staat, in dem sie leben, und das Festhalten an ihrem Deutschtum, ohne dabei überheblich zu werden, wird ihnen in Rumänien und überall dort in der Welt, wohin sie das Schicksal zerstreut hat, hoch angerechnet. Dabei hat sich zwischen ihnen und den Rumänen ein besonders innigliches Verhältnis entwickelt. Vielleicht deshalb, weil gerade sie es waren, die sich wiederholt für die nationale Freiheit und die Selbstbestimmung dieses jungen, aufstrebenden und intelligenten Volkes oft unter Inkaufnahme eigener Nachteile eingesetzt haben. Sie waren es auch, die sich schon sehr früh geradezu mit Leidenschaft für die Popularisierung der rumänischen Literatur durch Drucklegung der handgeschriebenen Texte und durch Übersetzungen zumeist schöngeistiger Werke rumänischer Dichter und Denker eingesetzt haben. So trugen sie mit dazu bei, dem rumänischen Volk den Anschluß an die Geisteswelt und an die Kultur Westeuropas zu erleichtern.

Nicht zuletzt haben diese Tatsachen und das auf persönlichen Vertrauen beruhende Verhältnis zwischen den Rumänen und den Sieben-

bürger Sachsen bewirkt, daß die Rumänen auch unter den schwierigsten Belastungen nie an eine Ausschaltung oder gar Vernichtung dieses Deutschtums in Rumänien gedacht haben; auch wenn zeitweilig ein tiefer Einschnitt in die verbrieften Rechte erfolgte. Ungeachtet dessen haben die Siebenbürger Sachsen nie an dem guten Kern des rumänischen Volkes gezweifelt.

Auch jetzt geht die Hoffnung der Siebenbürger Sachsen in Richtung auf eine völlige Aussöhnung und Verständigung mit dem rumänischen Volk, verbunden mit der Erwartung, daß ihnen eines Tages die ehemals zugesicherte Kulturautonomie auch de facto zuerkannt wird.

Wie die Siebenbürger Sachsen in der Bundesrepublik Deutschland zu ihrer alten Heimat Siebenbürgen und damit zu Rumänien und zu den Rumänen stehen, ist gerade beim diesjährigen "Treffen in Dinkelsbühl" sehr deutlich geworden. Auch die Rumänen sollte es aufhorchen lassen, wenn der Arbeits- und Sozialminister vom Patenland Nordrhein-Westfalen, Figgen, in seiner Festansprache wörtlich sagte: "Sie - die Siebenbürger Sachsen - haben jahrhundertlang mit den Rumänen zusammengelebt. An ihnen liegt es, auch bei den Deutschen Klischeevorstellungen abzubauen und ein wahres Bild von den Menschen dieses Landes zu zeichnen." Oder wenn der Vorsitzende der Landsmannschaft, Plesch, in seiner Dankesrede an das Patenland erklärte: "Wir - die Siebenbürger Sachsen - waren und bleiben bemüht um den Brückenschlag von Volk zu Volk, von der neuen Heimat zur alten Heimat. Und wir werden weiterhin stets und überall mit für ein erhöhtes Verständnis für das rumänische Volk, seiner großen Vergangenheit und die Werte seiner lateinischen Kultur eintreten".

In diesem Sinne und in diesem Geiste, von dem das Verhältnis zwischen den Rumänen und den Siebenbürger Sachsen in der Vergangenheit mit kurzer Unterbrechung in den Kriegs- und den ersten Nachkriegsjahren immer getragen war, sollten sich auch in Zukunft die anstehenden Probleme, insbesondere die Familienzusammenführung lösen lassen; und es sollte möglich werden, daß gerade die Siebenbürger Sachsen neue geistige und kulturelle Brücken zwischen dem rumänischen und dem deutschen Volk schlagen, so wie dies in der Vergangenheit so oft der Fall gewesen ist.

Spanien und die EWG

Wissenschaftliche Zusammenarbeit vertieft

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Der Monat Mai 1967 hat in den deutsch-spanischen Beziehungen eine besondere Rolle gespielt. Zu Beginn des Monats wurde die Verhandlungsrunde über die rechtliche Gleichstellung der 138 000 spanischen Gastarbeiter in Madrid erfolgreich abgeschlossen.

Trotzdem sind nicht alle Probleme verschwunden: Die Entlassung von 300 spanischen Arbeiterinnen der Bahlisen-Koksfabrik in Barsinghausen bei Hannover zeigte deutlich, wie groß der Unterschied in der Mentalität zwischen Spaniern und Deutschen ist. Wer diesen Konflikt an Ort und Stelle miterlebte und die Reaktionen in der spanischen Öffentlichkeit erfuhr, wird jenen spanischen "Technokraten" recht geben, die ausländische Unternehmer auffordern, lieber auf spanische "Gastarbeiter" zu verzichten und stattdessen dem Beispiel der Industrieentwicklung in der Oberpfalz und den Zonenrandgebieten zu folgen: nicht die Menschen entwurzeln, sondern die Arbeit dorthinbringen, wo die entsprechenden Kräfte verfügbar sind. Mit anderen Worten: Mehr Industriebetriebe in Spanien errichten.

Das war auch das Ziel des Besuches, den der spanische Industrieminister Gregorio Lopez-Bravo der Bundesrepublik zwischen dem 12. und 17. Mai abstattete.

Der Besuch offenbarte, daß es den Spaniern nicht allein um enge Kontakte zur Bundesrepublik geht, sondern um eine möglichst günstige Ausgangsposition bei den nach Madrider Lesart voraussichtlich im Juni beginnenden "echten" und harten EWG-Verhandlungen. Man hat es in Spanien dankbar empfunden, daß der britische EWG-Aufnahmeantrag die mit Madrid eingeleiteten Besprechungen nicht hinausgezögert hat.

Welche wirtschaftlichen Konzessionen Spanien machen kann, ist bereits ausführlich erörtert worden. Die politische Anpassung an die Länder im Bereich des Gemeinsamen Marktes, die als Voraussetzung für eine entsprechende Vereinbarung zwischen der EWG und Spanien von der

Sechsergemeinschaft als Postulat niemals aufgegeben worden war, wird allerdings nur sehr zögernd und schrittweise erfolgen. Der Sturmwind, den Francos Absage an das Mehrparteiensystem entfacht hat, legt sich nicht so schnell.

Doch jenseits aller politischen Erörterungen bewies der Besuch des spanischen Ministers, wie intensiv doch eigentlich bereits die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Spanien und der Bundesrepublik gediehen ist. Wirtschaftsminister Schiller und Wissenschaftsminister Stoltenberg als Gastgeber des dynamischen "Technokraten" sind genauestens vertraut mit der Arbeit, die von deutschen Wissenschaftlern im Stillen in Spanien geleistet wird, sei es in der Grundlagenforschung oder im industriellen Bereich. Stoltenberg konnte sich ebenso wie der frühere Wirtschaftsminister Schmücker von diesen Leistungen im vergangenen Herbst in Spanien an Ort und Stelle überzeugen.

Der handelspolitische Effekt, den Spanien sucht, läßt sich auch erkennen an den besonderen Bemühungen, die Geschäftsbeziehungen mit der Bundesrepublik zu vertiefen - natürlich mit deutlichem Seitenblick auf die übrigen EWG-Partner. Die Spanier waren vielleicht der erste EWG-Bewerber, der in der Bundesrepublik eine ständige Ausstellung seiner Produkte eröffnete. Minister Lopez-Bravo nahm die Gelegenheit wahr, in Hamburg eine spanische Textilschau einzuweihen im Bewußtsein, daß sich damit ein über die Grenzen der Bundesrepublik hinausgehender Publizitätserfolg erzielen läßt.

Schon 1964 wurde beispielsweise von der deutschen Industrie den um ihren EWG-Absatz bangenden Lateinamerikanern nahegelegt, ebenfalls eine ständige Ausstellung im Bereich des Gemeinsamen Marktes einzurichten. Diese Anregung, von den Südamerikanern in den Wind geschlagen, fiel bei den Spaniern sofort auf fruchtbaren Boden. Spanien rechnet sich also gute Chancen aus, im EWG-Raum einen entwicklungsfähigen Absatzmarkt zu erobern. Man weiß in Madrid ganz genau, daß ein Schönheitsfehler verschwinden muß: Die manchmal zu hohen Preise müssen auf ein vernünftiges und vertretbares Niveau zurückgeschraubt werden. Das ist aber nur dann möglich, wenn sich die Struktur der spanischen Wirtschaft der EWG-Norm anpassen kann.